

A N T R A G

der SPD-Landtagsfraktion

betr.: Wärmewende und Umstieg auf klimafreundliches Heizen einleiten,
finanzielle Unterstützungen für Bürgerinnen und Bürger sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Erneuerbare Energien sind ein wichtiger Baustein der Energiewende in Deutschland. Dabei fokussiert sich die seit Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine noch intensiver geführte Diskussion um Versorgungssicherheit, bezahlbare Energiepreise und den Ausbau Erneuerbarer Energien häufig nur auf den Bereich der Stromerzeugung. Mit einem Anteil von mehr als 46 Prozent im Jahr 2022 kann sich der Beitrag der Erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bereits sehen lassen.

Doch eine echte Energiewende kann nur gelingen, wenn alle relevanten Bereiche gleichermaßen betrachtet werden. Dies wird noch einmal deutlich, wenn man betrachtet, dass mehr als ein Drittel des gesamten Energiebedarfs in Deutschland zum Heizen der Gebäude und zur Versorgung mit Warmwasser verbraucht wird. Daher ist es notwendig, auch diesen Bereich in den Mittelpunkt zu rücken. Mit einem Anteil von rund 17 Prozent im Jahr 2022 stagniert der Anteil Erneuerbarer Energien an der Wärmeproduktion weiterhin auf einem sehr niedrigen Niveau.

Nur mit einer beschleunigten Wärmewende kann Deutschland seine Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen weiter senken und seine Klimaschutzziele – allem voran die Klimaneutralität bis 2045 – erreichen. Deutschland muss die Wärmewende und den Umstieg auf das klimafreundliche Heizen einleiten.

Mehr als 80 Prozent der Wärme in Deutschland werden noch durch die Verbrennung von fossilen Energieträgern erzeugt. Von den rund 41 Millionen Haushalten heizen fast 50 Prozent (19,6 Millionen Haushalte) mit Erdgas und fast 25 Prozent (10 Millionen Haushalte) mit Heizöl. 17 Jahre beträgt der Altersdurchschnitt der Heizungsanlagen in Deutschland. Ölheizungen kommen dabei im Durchschnitt sogar auf 21 Jahre, Erdgasheizungen auf immerhin 15 Jahre.

Die Saarländerinnen und Saarländer sind hierbei in besonderem Maße betroffen. In unserem Land finden sich besonders viele Ölheizungen und die im Bundesdurchschnitt ältesten Heizungsanlagen.

In Deutschland soll ab 2045 klimaneutral geheizt werden. Die Zeit bis dahin entspricht etwa der Lebensdauer einer Heizungsanlage. Daher ist es zur Erreichung dieses Ziels notwendig, den Umstieg auf klimafreundliches Heizen bereits jetzt einzuleiten.

Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass die Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) so ausgestaltet wird, dass sich alle die Wärmewende leisten können, auch im ländlichen Raum. Insbesondere die hohe saarländische Eigenheimquote - bei im westdeutschen Vergleich unterdurchschnittlichen Einkommen - muss berücksichtigt werden. Das parlamentarische Verfahren im Deutschen Bundestag muss genutzt werden, um Regelungen in diesem Sinne anzupassen oder zu verbessern.

Aus diesem Grund fordert der Landtag des Saarlandes den Deutschen Bundestag auf:

- den Umstieg auf klimafreundliches Heizen einzuleiten und neben der Energiewende auch die Wärmewende zu betrachten. Aufgrund der erhöhten Energiepreise infolge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine sollte die Wärmewende zeitnah vorangetrieben werden.
- die besondere saarländische Betroffenheit aufgrund der bundesweit höchsten Eigenheimquote bei im westdeutschen Vergleich unterdurchschnittlichen Einkommen sowie die große Anzahl an Ölheizungen und das überdurchschnittliche Alter dieser Anlagen in den Beratungen miteinzubeziehen.
- bei den Umstiegsfristen und -pflichten für energetische Sanierungen und Heizungsanpassungen die tatsächlichen Kapazitäten des Handwerks vor Ort bei zu erwartender hoher Marktnachfrage und langen Lieferzeiten zu berücksichtigen.
- sicherzustellen, dass am Ende nicht die Mieter wegen zusätzlicher Kosten überfordert werden. Aus diesem Grund sollten die Ausweitung des Mieterschutzes und die derzeitige Ausgestaltung der Modernisierungsumlage für Eigentümerinnen und Eigentümer noch einmal nachgebessert werden.
- darauf hinzuwirken, dass die Förderinstrumente so ausgestaltet werden, dass kleine und mittlere Einkommen unterstützt und soziale Härten abgefedert werden. Grundförderung, Klimaboni und zinsvergünstigte Kredite müssen nach den vorgenannten Zielen ausgestaltet werden.
- bei den vorgezogenen Planungen zur Wärmewende die Gegebenheiten vor Ort ausreichend zu berücksichtigen. Dazu ist es notwendig, die Rahmenbedingungen der Wärmegesetzgebung eng mit den Maßgaben zur kommunalen Wärmeplanung zu verzahnen.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.